

Aufsichtsräte nehmen SVHi-Chef in Schutz

Hansen weist Attacke gegen Firmenspitze zurück / OB sieht bei RVHi-Variante zu großes Risiko

VON RAINER BREDA

HILDESHEIM. Michael Bosse-Arbogast rede nur „Trallala“: Mit diesen Worten hat Hans-Joachim Schulz, Betriebsrats-Vorsitzender des RVHi, den Chef des Stadtverkehrs (SVHi) attackiert. Denn der setzt sich nach Ansicht von Schulz zu wenig für den Verdi-Vorschlag ein, den RVHi beim Kampf um das Stadtbus-Netz zu nutzen. Mit Detlef Hansen (SPD) und Ulrich Rübiger (Grüne) weisen nun gleich zwei gewichtige Mitglieder des Stadtwerke-Aufsichtsrates und Ratsherren die Kritik von Schulz zurück.

Beide stellen sich vor Bosse-Arbogast, Rübiger zweifelt zudem die Rechtssicherheit der RVHi-Variante an. Eine Sorge, die Oberbürgermeister Ingo Meyer teilt: Es gebe ein großes Risiko, dass „wir

am Ende damit auf dem Bauch landen und die Mitarbeiter des SVHi auf der Straße stehen“.

SPD-Politiker Hansen ist stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der SVHi-Mutter Stadtwerke, das Gremium hat in der vergangenen Woche unter seinem Vorsitz drei Stunden zum Thema Stadtverkehr getagt. Dabei sei sehr deutlich geworden, mit welchem hohen Engagement die Verantwortlichen der Stadtwerke und des SVHi nach einer Lösung suchten. Auch aus mehrstündigen Telefonaten mit Bosse-Arbogast könne er diese Einschätzung nur bestätigen, betont Hansen. Für ihn entbehrt die Schulz-Kritik daher jeglicher Grundlage, „sie ist eine böartige Unterstellung“. Die Situation sei rechtlich äußerst kompliziert, mögliche Varianten

würden aber weiter untersucht. „Mit billiger Polemik wird das Ziel aber sicherlich nicht zu erreichen sein.“

Rübiger bescheinigt Bosse-Arbogast ebenfalls einen engagierten Einsatz. Der Grünen-Politiker verweist zudem auf mehrfache Beratungen der Vorstände und Aufsichtsräte von SVHi und Stadtwerken durch spezialisierte Anwaltskanzleien. Wie diese und die Landesnahverkehrsgesellschaft bestätigten, berge der von Verdi vorgeschlagene Weg das hohe Risiko, dass ein entsprechender Antrag als nicht gesetzeskonform eingeordnet werde. Das hieße am Ende, dass die SVHi-Mitarbeiter ohne Arbeit und mit leeren Händen dastehen würden. „Alles auf die 13 – das mag eine Risikostrategie beim Roulette sein, bei der Frage des Erhalts von Arbeitsplätzen

muss Sicherheit vor Risiko gehen“, erklärte Rübiger.

Die gesetzlichen Regelungen hebelten die Tarifbindung aus und seien in ihrer Auswirkung unsozial und ungerecht. „Ich verstehe, dass dies viel Wut und Enttäuschung hervorruft.“ Aber die richtigen Adressaten seien die Deutsche Bahn und die Bundesregierung, meint der Grünen-Politiker. Hier sollten auch weiterhin deutliche Signale gesendet werden: „Ändert die gesetzlichen Vorgabegerichtlinien und DB-Regio ist in Hildesheim nicht willkommen!“

Dazu sollten alle – also Arbeitnehmer, Vorstände, Politik, Verwaltungen und Bürger – gemeinsam an einem Strang ziehen und sich nicht durch unsinnige und kontraproduktive Polemik auseinanderdividieren lassen.